



Info Dienst Nr. 23 / 03. Dezember 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

in dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit breiter überfraktioneller Mehrheit eine neue Enquete-Kommission eingesetzt. Der Titel und gleichzeitig der Arbeitsauftrag lauten: *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigen Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft*. In der Kommission wird der Bundestag grundsätzlich darüber diskutieren, wie wir breiten Wohlstand sowie gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt vor dem Hintergrund globaler, ökonomischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen politisch gestalten können. Ich werde als Vertreter der SPD-Bundestagsfraktion Mitglied dieser Kommission sein. In die Diskussion, die zu konkreten Handlungsempfehlungen führen soll, werde ich mich mit meinen Erfahrungen als Abgeordneter einer traditionellen Industrie- und Gewerberegion einbringen und vor diesem Hintergrund für gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Fortschritt eintreten.

Ich werde die Arbeit der Kommission auch durch Veranstaltungen in meinem Wahlkreis begleiten und die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Unna dazu einladen, sich an dieser Diskussion über unser zukünftiges Zusammenleben und Wirtschaften zu beteiligen. Mit den Eindrücken und Ideen aus meinem Wahlkreis wappne ich mich dann für die Diskussion in Berlin.

Die Themen dieser Sitzungswoche in Berlin habe ich in diesem Info-Dienst zusammengefasst.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Gesetze zur Ermittlung von Regelbedarfen im Sozialgesetzbuch
2. Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Einsetzung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag
3. Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen - Rentenzugang flexibilisieren
4. Im Blickpunkt

1. Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen im Sozialgesetzbuch

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Zeit seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zur Regelsatzbemessung für die Hartz IV-Sätze verstreichen lassen, ohne die Fraktionen des Deutschen Bundestages an den Planungen zur Umsetzung des Urteils zu beteiligen.

Der mit den Stimmen der Koalition verabschiedete Gesetzentwurf bleibt in zentralen Punkten hinter verfassungsrechtlich und sozialpolitisch notwendigen Lösungen zurück: Das Bundesverfassungsgericht verlangt für die Ermittlung der Regelsätze und Regelbedarfe ein transparentes und sachgerechtes Verfahren, realitätsgerechte und nachvollziehbare Leistungen. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung erfüllt diese Vorgaben nicht. Weitere Informationen zur Neuberechnung der Grundsicherung durch die Bundesregierung finden Sie im Info-Dienst Nr. 18, den Sie auf meiner Homepage herunterladen können.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat in einem Entschließungsantrag eine korrekte und verfassungsgemäße Bemessung der Regelsätze gefordert. Vor allem geht es um eine nachvollziehbare Festsetzung der Referenzhaushalte und Referenzgruppen. Wir fordern außerdem einen gesetzlichen Mindestlohn von brutto 8,50 Euro. Denn wir müssen auch auf die Menschen achten, die heute trotz Arbeit so wenig verdienen, dass sie ergänzend Hartz IV in Anspruch nehmen müssen. Ohne Mindestlohn werden der Niedriglohnsektor und das Lohndumping gefördert. Um die Bedarfe von Kindern realitätsnah abzubilden, fordern wir die unverzügliche Einsetzung eines Expertenkreises, der überprüft, ob die Verteilung der Ausgaben auf Erwachsene und Kinder im Haushalt in der bisherigen Form möglich ist. Zur Sicherung einer bundesweit vergleichbaren Grundsicherung in Bildung, Betreuung und soziokultureller Teilhabe sind gemeinsame und nachhaltige Anstrengung von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. Wir brauchen dringend u. a. den flächendeckenden Ausbau von Ganztagsangeboten der frühkindlichen Bildung und Betreuung für ein- bis sechsjährige Kinder sowie von Ganztagschulen, eine bessere Personal- und Sachausstattung von (inklusive) Kindertageseinrichtungen und Schulen oder auch einen kostenlosen Förderunterricht. Wir fordern einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder und Jugendlichen. Städte und Gemeinden sind mit Hilfe des Bundes in die Lage zu versetzen, diese Aufgaben auch erfüllen zu können.

Nun kommt es darauf an, ob die Bundesregierung für ihre Vorhaben eine Mehrheit im Bundesrat erhält und welche Verbesserungen in einem Vermittlungsverfahren zu erreichen sind.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703648.pdf>

2. Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Einsetzung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag

Die derzeitige Schieflage der sozialen und ökologischen Systeme hat eine grundlegende Diskussion über gesellschaftlichen Wohlstand, individuelles Wohlergehen und nachhaltige Entwicklung angestoßen. Klimawandel, Finanzkrise, sozialer Spaltung und das Auseinanderfallen von Staaten und Gesellschaften, schüren die berechtigte Sorge, dass unser vorherrschendes Wachstumsmodell auf Kosten der Zukunft lebt und nicht tragfähig ist.

Aus diesem Grund hat der Deutsche Bundestag die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigen Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“ eingesetzt. Die Einsetzung dieser Kommission wurde fraktionsübergreifend beschlossen. Die Initiative für die Kommission war von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgegangen. Union und FDP schlossen sich dem Vorhaben an. Die künftige Enquete wird aus 34 Mitgliedern bestehen – 17 Bundestagsabgeordnete und die gleiche Anzahl externer Sachverständiger, die von den Fraktionen entsprechend den Mehrheitsverhältnissen benannt werden. Enquete-Kommissionen sind vom Deutschen Bundestag eingesetzte überfraktionelle Arbeitsgruppen, die langfristige Fragestellungen lösen sollen, in denen unterschiedliche juristische, ökonomische, soziale oder ethische Aspekte abgewogen werden müssen. Ziel ist es, bei Problemen zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen, die von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen werden kann.

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Industriestaaten gibt es eine Debatte darüber, ob die Orientierung auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausreicht, um Wohlstand, Lebensqualität und gesellschaftlichen Fortschritt angemessen abzubilden. Lange Zeit galt das BIP als Gradmesser für das Wohlergehen und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen, die in dieser Volkswirtschaft leben. Der Zustand der Umwelt, das Niveau von Gesundheit und Bildung, Sicherheit, politischer Teilhabe und Zugang zu Arbeit, aber auch die Verfügbarkeit von freier Zeit – all das erfasst das BIP nicht. Der neue Fortschrittsindikator, den die Kommission entwickeln soll, muss daher auch die Qualität von Arbeit, die Einkommensverteilung, Bildung, Gesundheit und Umwelt einbeziehen.

Welches Wachstum wollen wir? Was bringt mehr Lebensqualität? Wie organisieren wir breitere Teilhabe am Wohlstand? Diese Diskussion muss politisch aufgenommen und vorangetrieben werden. Das ist Aufgabe der Enquete-Kommission.

Den Antrag zur Einsetzung der Enquete finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/038/1703853.pdf>

3. Chancen für die Teilhabe am Arbeitsleben nutzen - Rentenzugang flexibilisieren

Ein zentrales Thema dieser Sitzungswoche war die „Rente mit 67“. In diesem Zusammenhang wurde in erster Lesung der Rentenversicherungsbericht 2010 beraten, in dem die Bundesregierung über die gesetzliche Rentenversicherung, insbesondere über die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben, der Nachhaltigkeitsrücklage sowie des jeweils erforderlichen Beitragssatzes in den kommenden 15 Kalenderjahren Auskunft gibt.

Durch die Folgen des demografischen Wandels mit einem abnehmenden Erwerbspersonenpotenzial und die sinkende Arbeitslosigkeit steigt die Nachfrage nach Fachkräften. Das ist eine Chance für mehr und bessere Beschäftigung von Älteren. Mit dem Altersgrenzanpassungsgesetz von 2007 hat der Gesetzgeber auf die steigende Lebenserwartung und die Verschiebungen im Altersaufbau unserer Gesellschaft einschließlich des Rückgangs der Zahl der Erwerbspersonen reagiert. Kernpunkt des Gesetzes ist eine langfristige, stufenweise Anhebung des Eintrittsalters in die Regelaltersrente sowie der vorgezogenen Altersrenten. Die Regelaltersgrenze wird nach dieser Regelung von 2012 an beginnend mit dem Jahrgang 1947 bis zum Jahr 2029 schrittweise auf 67 Jahre angehoben. An dem Ziel der Anhebung der Regelaltersgrenze wird grundsätzlich festgehalten. Allerdings sind die Voraussetzungen für den Einstieg in die Rente mit 67 im Jahre 2012 noch nicht gegeben. Die Frage lautet: Ist die überwiegende

Zahl der Menschen bis zum Rentenbeginn sozialversicherungspflichtig beschäftigt und welche Qualität hat diese Beschäftigung?

Bei den Erwerbstätigen im rentennahen Alter von 60 bis unter 65 Jahren lässt aktuell die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung weiterhin zu wünschen übrig. Im Ergebnis lag die Quote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Altersgruppe im Jahr 2009 bei 23,4 Prozent, wobei der Wert bei den 64-Jährigen nur knapp 10 Prozent betrug. Aus gutem Grund ist der Beginn der Erhöhung des Renteneintrittsalters mit einer Überprüfungs Klausel verknüpft, die sicherstellt, dass der Einstieg in die Rente mit 67 nur erfolgt, wenn auch die Bedingungen dafür erfüllt sind.

Die SPD-Bundestagfraktion fordert mit einem Antrag die Bundesregierung auf, den Einstieg in die Rente mit 67 auszusetzen. Der Einstieg soll erst erfolgen, wenn die rentennahen Jahrgänge der 60-64jährigen mehrheitlich sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Um dies zu unterstützen, fordern wir Anstrengungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Investitionen in die Menschen durch ein Recht auf Weiterbildung und neue Impulse für die Humanisierung der Arbeitswelt. Außerdem sollen die flexiblen Übergänge in die Rente gestärkt werden. Gerade in physisch und psychisch besonders belastenden Berufen ist es notwendig, flexible, das heißt frühere, Übergänge in die Rente zu schaffen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip.bundestag.de/btd/17/039/1703995.pdf>

4. Im Blickpunkt

Generation Praktikum

Die Wirtschaft ruft immer lauter nach gut ausgebildeten Arbeitskräften. Doch Jahr für Jahr werden zehntausende hochqualifizierte junge Menschen in unbezahlte Praktika gedrängt. Wenn aber nicht das Lernen, sondern die Arbeitsleistung im Vordergrund steht, ist es kein „Praktikum“, sondern ein Arbeitsverhältnis. Dies bedeutet konkret, dass heute etwa 25 Prozent aller Uni-Absolventinnen und -Absolventen nur dann eine Chance auf einen soliden Berufseinstieg erhalten, wenn sie sich vorher über Monate „kostenlos“ im Unternehmen bewährt haben. Bei den Ausbildungsberufen ist teilweise sogar fast ein Drittel eines ganzen Jahrgangs betroffen.

Auch in Kamen wurde das Thema in den letzten Wochen in den Zeitungen und im Stadtrat diskutiert. Offensichtlich hat weder die Junge Union noch die CDU im Rat der Stadt wirklich begriffen, worum es der SPD geht:

Die SPD-Bundestagfraktion kritisiert nicht die Schülerpraktika, da hier das Lernen im Mittelpunkt steht und nicht die Arbeitsleistung der Schülerinnen und Schüler. Es geht um junge Menschen, die ihre Ausbildung bereits abgeschlossen haben und statt ein festes Arbeitsverhältnis zu erlangen über Monate hinweg ausgebeutet werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion forderte bereits im Oktober die Bundesregierung in einem Antrag auf, endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der sicherstellt, dass bei Praktika Missbrauch verhindert werden kann. So soll gesetzlich klargestellt werden, dass der Lernzweck stärker als Mittelpunkt eines Praktikums zu definieren ist. Unternehmer und Praktikanten sollen künftig die Bestimmungen klar und eindeutig aus dem Gesetz erkennen können und auf einschlägige Vorschriften zum Beispiel im Berufsbildungsgesetz verwiesen werden. Außerdem muss gesetzlich klargestellt werden, dass Arbeitsverhältnisse, die lediglich als Praktikum deklariert werden, den gleichen Lohn- und Gehaltsanspruch begründen wie reguläre Stellen. Anders als bisher muss den

Arbeitgeber dabei die Beweislast treffen. Außerdem wird gefordert, den Kündigungsschutz zu verbessern, indem Praktikumszeiten angerechnet werden.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/034/1703482.pdf>

Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche

Die Bundesregierung lehnt einen Mindestlohn in der Weiterbildung ab. Und das, obwohl eine tarifliche Einigung der Branche vorliegt, es keinerlei Widerstand gegen diesen Tarifvertrag und auch keinen konkurrierenden Tarifvertrag gibt. Ursula von der Leyen verletzt die von ihr beschworene Tarifautonomie. Auf ihre Aussagen ist kein Verlass. Gute Bildung braucht Qualität. Qualität hat ihren Preis. Das gilt immer, aber vor allem auch bei den Bildungsanbietern im Sozialgesetzbuch II und Sozialgesetzbuch III.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert mit ihrem Antrag „Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche“, dem Antrag der tarifschließenden Parteien von Mai 2009 zu entsprechen und eine Rechtsverordnung über das Mindestentgelt für die geförderte Weiterbildung noch in diesem Jahr zu erlassen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/031/1703173.pdf>

Althea, Atalanta und Active Endeavour werden fortgesetzt – SPD-Fraktion stimmt gegen Active Endeavour

Der Bundestag hat in dieser Sitzungswoche über die Fortsetzung von drei Bundeswehrmandaten entschieden. Demnach werden die Beteiligungen an den EU-geführten Operationen Althea und Atalanta sowie an der NATO-Operation Active Endeavour jeweils um ein Jahr verlängert.

Atalanta

An der Anti-Piraterie-Mission EUFOR Atalanta ist die Deutsche Marine mit derzeit 320 Soldaten beteiligt. Die Mandatsobergrenze soll weiterhin bei 1.400 Soldaten liegen, jedoch das Operationsgebiet im Indischen Ozean ausgeweitet werden. Die Operation Atalanta soll die vor der Küste von Somalia operierenden Piraten abschrecken und bekämpfen.

Althea

Auch bei EUFOR Althea bleibt die Mandatsobergrenze von 900 Soldaten unverändert. In Bosnien und Herzegowina sind derzeit 115 Bundeswehrsoldaten stationiert, um den Friedensvertrag von Dayton abzusichern.

Active Endeavour

An der Operation Active Endeavour zur Seeüberwachung gegen den Terrorismus im Mittelmeer ist die Marine derzeit nicht mit Schiffen beteiligt. Es sollen jedoch weiterhin bis zu 700 Soldaten für den Einsatz zur Verfügung stehen. Nach den Terror-Anschlägen des 11. September beschloss der NATO-Rat zum ersten Mal das Inkrafttreten des Bündnisfalls. In diesem Zusammenhang wurde die Operation als Beitrag der NATO zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus konzipiert.

Den Regierungsantrag zur NATO-Operation Active Endeavor hat die SPD-Bundestagsfraktion abgelehnt. Die SPD-Fraktion kritisiert, dass die Mission auch weiterhin mit einem sogenannten „robusten Mandat“ ausgestattet bleibt. Konkret bedeutet das, dass der Operationsplan weiterhin den Einsatz militärischer Gewalt erlaubt, obwohl die Operation eine reine Präsenz- und Überwachungsmission ist. Aus Sicht der SPD ist ein solches robustes Mandat nicht mehr notwendig und völkerrechtlich fragwürdig.

Die Anträge zur Verlängerung der Bundeswehrmandate finden Sie unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703691.pdf> ,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703692.pdf> ,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/036/1703690.pdf>

Vor Cancún – Mit Glaubwürdigkeit zu einem globalen Klimaschutzabkommen

Am 29. November 2010 begann die 16. UN-Klimarahmenkonvention sowie die 6. Konferenz der Vertragsparteien zum Kyoto-Protokoll in Cancún. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, auf dieser Klimakonferenz daran festzuhalten, dass ein globales rechtsverbindliches Klimaschutzabkommen mit ambitionierten Minderungszielen verabschiedet wird und in Cancún substanzielle Fortschritte auf dem Weg dorthin gemacht werden. Für den Fall, dass keine globale und umfassende Einigung in nächster Zukunft beschlossen wird, soll sich die Bundesregierung für eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-Protokolls und die weitere Nutzung von Elementen des Kyoto-Protokolls einsetzen.

Den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion finden Sie unter:

<http://dip.bundestag.de/btd/17/039/1703998.pdf>